Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 84 (1992)

Heft: 3

Vorwort: Schritt für Schritt gegen die Arbeitslosigkeit und die Krise, die auch eine Krise des Denkens ist

Autor: [s.n.]

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 17.08.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

EDITORIAL RUNDSCHAU

Schritt für Schritt gegen die Arbeitslosigkeit und die Krise, die auch eine Krise des Denkens ist

So zeigt sich die Geschichte von ihrer ironischen Seite: kaum ist der letzte Nachhall vom Endsieg des Kapitalismus über den Kommunismus verklungen, da wird diesem nunmehr konkurrenzlos dastehenden System immer noch nicht bewusst, dass es selbst in einer seiner tiefsten Krisen steckt. Und für die Schweiz, wo nicht mehr nur alles in Miniatur nachvollzogen wird, noch bitterer: es zieht diesen Staat, der so lange so stolz auf seine Null vor dem Komma der Arbeitslosenquote hinwies, in denselben Sumpf, der in anderen Gegenden längst zur Gewohnheit geworden ist. Nur: wenn dies Ironie ist, dann nützt sie keinem Arbeitslosen weder in der Schweiz noch sonstwo. Und wenn dies keine Ironie ist sondern Kalkül der wirtschaftlichen Elite, dann kommt dies nur dieser gelegen. Wenn die gegenwärtige Dauerarbeitslosigkeit aber ein Kind des so fruchtbaren Systems ist - und dafür spricht einiges - dann hat sich die Logik von Wettbewerb, Profit, Innovation und Rationalisierung verselbständigt.

Auch das keine neue Erkenntnis. Aber auch alte Kapitalismuskritik nützt den Betroffenen nicht viel. Was ihnen allerdings auch nicht nützt, ist Perspektivenlosigkeit. Und an der kranken all die Wettbewerbsfreaks, die das Evangelium des ultrafreien Marktes wohl auch dann noch predigen werden, wenn dieser sie selbst einmal weggefegt haben wird. Was aber wohl noch dauern wird. Unsere Krise ist nicht nur eine ökonomische, sie ist ebensosehr eine denkerische: die neoliberale Phraseologie hat alternative Modelle erstickt. Diskussionen um das garantierte Mindesteinkommen scheinen in ausserlinksgrünen Kreisen eher abzuflauen. Wieviel Arbeitslose müssen es denn sein, damit auch bürgerliche VordenkerInnen aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik zur Kenntnis nehmen: es geht ein Gespenst um, auch in der Schweiz?

Zugegeben: auch die Gewerkschaften glänzen nicht mit sozialen Utopien. Sie ziehen sich auf bewährte Positionen von Keynes zurück. Sie vertrauen klassischer, aber auszubauender Sozialpolitik. Sie setzen auf umfassende Qualifizierung als beste Prävention. Sie fordern damit jenen Staat zu handeln auf, von dem die Rechtsliberalen meinen, er hätte seine Aufgabe zur Genüge erfüllt, wenn er ihnen Ruhe und Ordnung beschere. Heute haben die Gewerkschaften nicht das Recht sondern die Pflicht, dies zu fordern. Aber bald schon wird der Zeitpunkt kommen, wo wir auf die Frage antworten müssen, wer wie all die vielen mit Recht verlangten Initiativen berappen soll. Intensiver wird diskutiert werden müssen, wie etwa auch der Staat Unterstützung umlagern soll. Einer solchen Diskussion haben verschiedene Gewerkschaften schon vorgespurt. Das aktuellste Beispiel liefern SMUV und VPOD: statt dass FA-18 Millionenkreise durch die Lüfte ziehen, ist mit diesem Geld Qualifizierungspolitik zu leisten. Vieles ist machbar, aber zu viele haben kein Interesse daran, dass etwas gemacht wird.

Ewald Ackermann